

LUZERNER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Renteninitiative
unterschreiben!**
Die FDP im Einsatz für KMU

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Die Linke versucht die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren – das hat nichts mit der Realität zu tun. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Daniela Schneeberger hat einige Beispiele herausgegriffen.

Seite 15

«Einer für alle – alle für einen»

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz in Zukunft noch resilienter werden – auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Andrea Caroni stellt wichtige Forderungen aus den Corona-Papieren der FDP vor.

Seiten 18 und 19

Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Seite 20

Karin Keller-Sutter im Interview


«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel.»

Seite 21


**Lieber Albert,
herzlichen Dank!**
Ein Leben im Dienste der Öffentlichkeit

Tief betroffen musste die FDP.Die Liberalen Luzern im Juni vom Tod von FDP-Nationalrat Albert Vitali Kenntnis nehmen. Er ist nach einer Krebserkrankung im Alter von 64 Jahren für alle unerwartet schnell und viel zu früh von uns gegangen. Die FDP spricht den Angehörigen und Freunden ihre tiefempfundene Anteilnahme aus (Seite 4 und 5).

Inhalt

- 3–12 Luzerner Freisinn
- 13 Petra Gössi zur Enkelstrategie
- 14 Die SP – plötzlich eine Wirtschaftspartei?
- 15 Die FDP im Einsatz für KMU
- 16 Neue Mitglieder im Parteivorstand
- 17 KMU-Porträt: Geobruugg AG
- 18/19 Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz
- 20 Thierry Burkart: Ja zu neuen Kampfflugzeugen
- 21 Kündigungsinitiative: Interview mit Karin Keller-Sutter
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Aus dem Generalsekretariat/ Agenda



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik innert kürzester Zeit vor eine ausserordentliche Herausforderung gestellt. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die viel von uns allen verlangt hat, und dies immer noch tut, gilt mehr denn je: Wir müssen in die Zukunft sehen und die Weichen für unser Land, unsere Kinder und Enkelkinder richtig stellen.

Werden Sie Teil unserer Enkelstrategie

Die Schweiz braucht eine langfristige Strategie – eine Enkelstrategie – die gewährleistet, dass unser Wirtschaftsstandort an der Weltspitze bleibt, die Sozialwerke für die zukünftigen Generationen gesichert werden und wir unseren Kindern und Enkelkindern intakte Lebensgrundlagen hinterlassen können. Diese Enkelstrategie wollen wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten. Sie erhalten in den nächsten Tagen Post von mir mit den Zugangsdaten zu unserer Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie. Ziel dabei ist, dass wir ein möglichst umfassendes Bild der verschiedenen Meinungen in unserer Partei erhalten. Ich danke Ihnen bereits jetzt, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

Nein zur Kündigungsinitiative, Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Eine wichtige Entscheidung können wir bereits am 27. September 2020 treffen, indem wir mit einem Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative die Kündigung der bilateralen Verträge verhindern. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel und

mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Gerade in den momentan unsicheren Zeiten braucht es keine Hochrisiko-Experimente, welche die stabile Beziehung mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel setzen.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass wir jederzeit auf das Unerwartete vorbereitet sein müssen. Das gilt auch für Bedrohungen aus der Luft. Daher ist es jetzt an der Zeit, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen und einen Beitrag zu leisten, dass der Schutz unseres Luftraums auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

Unterschreiben Sie die Renteninitiative!

Doch nicht nur die FDP, sondern auch die Jungfreisinnigen setzen sich mit vollem Gewicht dafür ein, dass auch die zukünftigen Generationen gute Zukunftsperspektiven haben. Ihre Renteninitiative sorgt für eine langfristig sichere und nachhaltige Altersvorsorge und ermöglicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder vom gleichen sozialen Schutzschild profitieren können wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Ich freue mich, wenn auch Sie den Unterschriftenbogen, den Sie in der Beilage dieses Freisinns finden, unterschreiben und damit einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Altersvorsorge für die Zukunft zu sichern.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und danke Ihnen für Ihr Engagement für die liberale Idee!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Seite der Präsidentin

Liberaler Politik gefragter denn je

Geschätzte Liberale

Im Januar 2020 haben mich die Delegierten zur Präsidentin der FDP. Die Liberalen Luzern gewählt. Wer hätte dazumal gedacht, dass es für lange Zeit die letzte Versammlung sein wird. Mir und der ganzen Geschäftsleitung fehlt dieser persönliche Austausch, und ich hoffe, es geht Ihnen allen gut.

Das Coronavirus ist und bleibt wohl noch lange Zeit präsent. Wir bitten um Verständnis, dass wir aktuell darauf verzichten, Grossveranstaltungen physisch abzuhalten. Wie wir künftig damit umgehen wollen, entscheiden wir vorweg. Uns ist jedoch bewusst, dass wir lernen müssen, mit dem Virus umzugehen. Deshalb befinden wir uns auch mitten in der Planung des Parteitags 2020 vom 8. Dezember 2020 – verbunden mit der grossen Hoffnung, diesen durchzuführen.

Trotz fehlender Veranstaltungen waren wir nicht untätig. In den vergangenen Wochen haben wir viele spannende, aber leider auch unglaublich einschneidende Momente erlebt. Der Tod von Nationalrat Albert Vitali hat uns alle tief betroffen gemacht. Mit Albert verlieren wir einen begnadeten Politiker und eine grossartige Persönlichkeit. Auch aus diesem Grunde wollen wir alles daran setzen, den Parteitag durchzuführen, um uns gemeinsam von Albert zu verabschieden.

Ganz im Sinne von Albert haben wir in den vergangenen Monaten «chrampfend». Im April 2020 haben die Delegierten Kantonsrat Martin Birrer zum Vizepräsidenten der Kantonalpartei gewählt.

Gemeinsam mit mir als Parteipräsidentin und der Geschäftsleiterin bildet er das Ressort Orts- und Wahlkreisparteien. Im Juli 2020 folgte Georg Dubach als neuer Fraktionspräsident in die Geschäftsleitung. Zudem begrüßen wir Serena Büchler als neue Geschäftsleiterin, sie wird diese Funktion mindestens bis Ende Jahr ausüben.

Die neue Geschäftsleitung nutzte die Zeit und setzte die wichtigsten Meilensteine bis zu den Wahlen 2023. Gemeinsam mit den Wahlkreispräsidenten bestimmte das Ressort Orts- und Wahlkreisparteien das weitere Vorgehen. Im Herbst 2020 finden keine Wahlkreis Konferenzen statt und in den darauf folgenden zwei Jahren sind Sitzungen mit sämtlichen Ortsparteivorständen und Besuche von Parteiversammlungen geplant.

Auch im Ressort Themen haben wir das Vorgehen bestimmt und das Profil des Themenmanagers erstellt. Für die Geschäftsleitung suchen wir eine Führungspersonlichkeit mit politischer Erfahrung, ein Querdenker mit Flair für Politik und Kommunikation.

Und: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Auch das Vorgehen für die Wahlen 2023 haben wir in Angriff genommen. Aktuell sind wir auf der Suche nach der strategischen Wahlkampfleitung: eine strategisch denkende und strukturiert arbeitende Persönlichkeit, die mit Projekt- und Parteiarbeit bestens vertraut ist.

Wir stehen vor einem anspruchsvollen Abstimmungsherbst. Die grosse Anzahl Abstimmungen fordert uns. Am 27. September 2020 geht es um



Jacqueline Theiler

vieles, nämlich unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die aktuelle Situation rund um Corona zeigt, dass sich unsere liberale Politik bewährt hat. Dank dem gesunden Finanzhaushalt können wir in einer Notsituation wie dieser die finanziellen Mittel auch bereitstellen. Gute Rahmenbedingungen und Perspektiven für unsere Unternehmen sind nun dringender denn je. Und: Sicherheit ist nicht selbstverständlich. Die aktuelle Krise macht deutlich, dass wir in jeder Situation den richtigen Schutz haben müssen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie sich im Abstimmungskampf aktiv engagieren und ihr Umfeld mobilisieren, an die Urne zu gehen.

Blieben Sie gesund!

Jacqueline Theiler
Parteipräsidentin FDP Luzern

Vielen Dank!

an alle zurückgetretenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Luzerner Gemeinden. Die Kantonalpartei dankt Euch herzlich für Euer Engagement und Eure wertvolle Arbeit!



Ein Leben im Dienste der Öffentlichkeit

Lieber Albert, herzlichen Dank!

Albert Vitali hat sich in Oberkirch, im Kanton Luzern, und als Nationalrat in Bern während Jahrzehnten mit Herzblut für die Öffentlichkeit eingesetzt. Sein Motto war: «Taten statt Theorien». Auf seiner Webseite hat er am Schluss seiner politischen Grundsätze geschrieben: «Davon zu reden ist das eine, danach zu handeln ist das andere.»

Albert hat sich an diesen Grundsatz gehalten. Er war ein Praktiker. Er hat nicht lange um den Brei herumgeredet. Er hat gehandelt. Es ging ihm nie um seine persönlichen Interessen. Für ihn stand

immer das Wohl der Gemeinschaft im Zentrum. Er hat von allen Leistung eingefordert, aber er wollte auch, dass es allen gut geht. Albert war ein Liberaler vom Scheitel bis zur Sohle. Die Solidarität mit den unverschuldet Schwächeren war ihm gleich wichtig wie die persönliche Freiheit. In all seinen politischen Ämtern hat er sich für gute Rahmenbedingungen, für einen effizienten Einsatz der Finanzen und gegen eine überbordende Bürokratie eingesetzt. Er hat immer auch an die Eigenverantwortung appelliert. So hat Albert politisiert. So

haben wir ihn erlebt. Seine Politik war geprägt vom Wunsch nach Gerechtigkeit, Wohlergehen jedes Einzelnen und Fortschritt für die Schweiz.

Albert war seit 2011 Mitglied des Nationalrates. In seiner Fraktion hat er sich dank seiner Erfahrung und seinem Sachverstand schnell Ansehen und Anerkennung erworben. Den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit legte er in der Finanzpolitik. Er hat sie massgeblich mitgestaltet. Mit einem Vorstoss hat er beispielsweise die Grundlage für einen modernen und gerechten schweizerischen Finanzausgleich geschaffen. Er war das finanzpolitische Gewissen der Fraktion, und er genoss im Ratskollegium grosses Ansehen. Sein grosses Engagement und seine Kompetenz mündeten 2019 im ehrenvollen und anspruchsvollen Amt als Präsident der Finanzkommission des Nationalrats.

Bei seinem politischen Einsatz im nationalen Parlament kam ihm die Erfahrung als langjähriger Gemeinderat von Oberkirch und Luzerner Kantonsrat zugute. «Taten statt Theorien» war sein Leitspruch. Er konnte diesen immer wieder glaubhaft umsetzen, weil er die Eigenheiten und Bedürfnisse von Gemeinden und Kantonen kannte. Er hat gewusst, wo der Schuh drückt und dass Politik die Kunst des Möglichen ist. Albert war kein marktschreierischer Politiker. Er hat mit Erfahrung und Weitblick bei manchen politischen Geschäften dazu beigetragen, dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde.

Ein Markenzeichen von Albert war seine enge Verbundenheit mit den Traditionen unserer Schweiz. Er war sehr bodenständig und volksverbunden. Als ehemaliger Schwinger und leidenschaftlicher Jodler schlug sein Herz vor allem für die schweizerische Volkskultur. Es war ihm ein Anliegen, das Parlament mit diesen Traditionen direkt in Verbindung zu bringen. So hat er im Parlament einen Trachtentag organisiert und immer wieder Ratskolleginnen und -kollegen zu Schwingfesten eingeladen. Es war ihm eine Ehre, als Präsident der Interessengemeinschaft Volkskultur Schweiz deren Interessen auf der politischen Bühne kompetent und engagiert zu vertreten.

Mit Albert Vitali verliert der Kanton Luzern und insbesondere unsere Partei einen engagierten, überaus erfahrenen Herzblutpolitiker und einen guten Freund. Wir sind ihm dankbar für sein grosses Engagement für uns alle. Wir danken auch seiner Frau Klara und seinen Söhnen Marco, Ivo und Reto herzlich. Die Familie hat Albert Ruhe und Kraft gegeben, und sie hat ihn bei seiner politischen Arbeit unterstützt. Albert bleibt in unseren Herzen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ruhe im Frieden.

Jacqueline Theiler
Präsidentin FDP.Die Liberalen Luzern

Würdigung von Albert Vitali

«Wir werden Albert in unseren Herzen in Erinnerung behalten!»

Viel zu früh mussten wir von unserem lieben Kollegen und Freund Albert Vitali Abschied nehmen. Doch in unseren Herzen werden wir ihn für immer in Erinnerung behalten!

Albert und ich wurden an demselben Tag – am 5. Dezember 2011 – gemeinsam unter der Bundeshauskuppel vereidigt. In unserer ersten Legislatur im Nationalrat sassen wir gemeinsam in der Finanzkommission. So durfte ich Albert schnell näher kennen und schätzen lernen.

Er erklärte mir – obwohl wir eigentlich beide neu gewesen wären –, worauf es in der Finanzkommission den Blick zu richten gilt. Ich fragte mich dann jeweils, wie er das wissen konnte – eigentlich hatte er doch auch erst gerade angefangen. Genau dies zeichnete ihn aus: Er wusste instinktiv, was zu tun war und wie man sein Ziel erreichen kann.

Albert war unser finanzpolitisches Gewissen. Er achtete immer darauf, dass die Fraktion in finan-

ziellen Fragen keine übermütigen Entscheide traf. Dabei gab es aber eine Ausnahme: Wenn es um die Kulturbotschaft ging, kämpfte er wie ein Löwe für die Unterstützung der Kultur. Die Kultur war seine Herzensangelegenheit. Dabei ging es ihm nicht einfach nur um mehr finanzielle Unterstützung, sondern er gab mit Herzblut seine Begeisterung für unsere Traditionen weiter. So organisierte er zum Beispiel einen Trachtentag im Parlament und animierte uns Parlamentarier dazu, die Trachten aus unseren Regionen im Parlament zu tragen und uns im Jodeln zu versuchen. Damit schenkte er vielen von uns einen unvergesslichen Tag.

Er brachte aber nicht nur uns Parlamentariern seine Passion für die Volkskultur näher, sondern führte auch unzählige Gruppen durchs Bundeshaus und teilte dabei seine Faszination für Politik mit den Menschen. Albert folgte als Politiker vor allem seinem Herzen. Er war ein unabhängiger

Brückenbauer, der mit Leidenschaft für seine liberalen Überzeugungen kämpfte – und zwar mit Taten statt Worten. Wenn er in der Fraktion sprach, wurde ihm zugehört. Er scheute sich auch nicht davor, eine andere Position einzunehmen, wenn er gegen jemanden aus seinem Freundeskreis antreten musste. Sobald die Diskussion aber zu Ende war, gab es ein Schulterklopfen – und weiter ging es.

Albert leistete einen grossen Dienst am Gemeinwesen und trug nachhaltig dazu bei, dass wir unsere Traditionen wahren und auch die nächsten Generationen in Freiheit leben können. Ich bin stolz, dass wir Albert in unseren Reihen haben durften, und werde mich stets in tiefer Dankbarkeit für das, was er uns lehrte, an ihn erinnern. Danke, lieber Albert!

Petra Gössi

Nationalrätin und FDP-Parteipräsidentin



Aus dem Nationalrat
Peter Schilliger tritt die Nachfolge an



Peter Schilliger belegt den ersten Ersatzplatz auf der Nationalratsliste und ist somit gemäss Gesetz der offizielle Nachfolger des verstorbenen Nationalrats Albert Vitali. Peter Schilliger sass bis Ende 2019

im Nationalrat. Trotz gutem Resultat schaffte er im Herbst 2019 die Wiederwahl nicht, da die FDP.Die Liberalen Luzern den zweiten Sitz verloren hat. Peter Schilliger ist ein erfahrener Politiker. Er sass von 2012 bis 2019 im Nationalrat, präsidierte von 2008 bis 2015 die kantonale Partei und engagierte sich mitunter im Kantonsrat und Gemeinderat. Die FDP.Die Liberalen Luzern wünscht Peter Schilliger viel Freude und Erfolg im Amt: «Mit Peter Schilliger haben wir wieder einen engagierten, gut vernetzten und zuverlässigen liberalen Vertreter im Nationalrat. Mit ihm können wir auf Kontinuität und Erfahrung setzen», sagt Parteipräsidentin Jacqueline Theiler.

Aus der Fraktion

Fraktionspräsident im Gespräch

Am 1. Juli 2020 hat Georg Dubach (Triengen) die Nachfolge von Andreas Moser (Stadt Luzern) als Fraktionspräsident angetreten. Georg Dubach kann auf eine vielseitige politische Laufbahn zurückblicken. Der 57-jährige Unternehmer sitzt seit 2015 im Kantonsrat. Davor war er 12 Jahre Gemeindepräsident von Triengen.

Sie sind seit fünf Jahren Mitglied des Kantonsrats und waren davor Gemeindepräsident von Triengen. Wie möchten Sie Ihre Exekutiverfahrung als Präsident der FDP-Fraktion einsetzen? Im Gemeinderat ist man viel stärker in ein Kollegium eingebunden, welches schneller, effizienter und dann auch kompromissbereiter nach Lösungen suchen muss. Ich will bereits in der Geschäftsleitung des Kantonsrates versuchen, Parteigeplänkel zu missbilligen. Weiter möchte ich das ausgezeichnete Potenzial unserer Fraktion noch besser ausschöpfen.

Welches sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten Aufgaben eines Fraktionspräsidenten? Ein Fraktionspräsident vertritt die Fraktion in der Geschäftsleitung des Kantonsrates, organisiert die Fraktionsgeschäfte, bereitet die Fraktionssitzungen vor und vertritt die Fraktion nach aussen. Der Aufbau einer guten Beziehung zur Regierung, Verwaltung und den übrigen Fraktionen ist dabei von zentraler Bedeutung. Bei strategischen Geschäften muss es ihm gelingen, ein einheitliches und zuverlässiges Abstimmungsverhalten in seiner Partei durchzusetzen.

Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen des Kantons Luzern? Die Finanzen werden uns in den kommenden Jahren aufgrund der Corona-Krise stark beschäftigen. Auch die gesellschaftspoliti-

schen Folgen der Pandemie werden unsere Arbeit in den nächsten Jahren prägen. Aber auch in der Umweltpolitik müssen wir unser Engagement verstärken und den Grünen aufzeigen, dass es nur mit uns geht.

Wo möchten Sie in Zukunft thematische Schwerpunkte setzen, und was möchten Sie in Ihrer Zeit als Fraktionspräsident unbedingt angehen? In diesem Amt möchte ich zusammen mit der Fraktion, unabhängig von thematischen Schwerpunkten, nach konstruktiven Lösungen suchen. Unsere Kompetenzen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen wir besser zur Geltung bringen können. Nur mit einer starken Wirtschaft wird es uns gelingen, die Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig den Wohlstand zu erhalten.

Die Kantonsratsfraktion hat im Mai ein Forderungspapier zur Corona-Krise verabschiedet. Was ist das Ziel dieser Forderungen? Mit dem Papier will die FDP.Die Liberalen Fraktion einen Beitrag leisten, um den Kanton Luzern aus der Krise zu führen. Tourismus, aber auch Gesellschaft, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Bildung, Kultur oder Sport: Sie alle müssen sich mit veränderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen und brauchen Perspektiven. Entsprechend vielseitig gestalten sich unsere Vorschläge. Die Forderungen



Georg Dubach

verfolgen das Ziel, Innovationen zu fördern und einen zweiten Lockdown zu verhindern. Oberste Priorität hat die Gesundheit der Bevölkerung.

Die FDP gehörte bei den letzten Kantonsratswahlen im März 2020 nicht zu den Siegerinnen, sondern hat drei Sitze verloren. Welchen Beitrag möchten Sie im Hinblick auf die nächsten Wahlen 2023 leisten? Primär muss die FDP.Die Liberalen Fraktion weiterhin ausgezeichnete Arbeit leisten und Vorbild sein. Unsere erfolgreiche Arbeit muss bei der Basis besser spürbar werden. Wir müssen lernen, uns besser zu verkaufen. Dazu braucht die Fraktion ein gutes Politmarketing mit professioneller Begleitung. So werden wir einen wichtigen Beitrag für erfolgreiche Wahlen 2023 leisten.

Und zum Schluss: Welches Buch würden Sie Ihren Kantonsratskolleginnen und -kollegen empfehlen? Patriarchen von Alex Capus. Das Buch porträtiert zehn Schweizer Unternehmer mit ihren Ideen und grossen Taten. Spannender und aufschlussreicher kann Wirtschaftsgeschichte nicht sein.

Wechsel in der Fraktion

FDP-Kantonsrat Andreas Moser tritt zurück

FDP-Kantonsrat Andreas Moser (Stadt Luzern) tritt auf Ende der September-Session aus dem Kantonsrat zurück. Seine Nachfolge im Kantonsrat wird Maurus Zeier (Stadt Luzern) antreten.

Kantonsrat Andreas Moser hat seine Demission aus dem Kantonsrat auf Ende der September-Session bekanntgegeben. Der 59-jährige Architekt aus Luzern ist seit 2011 Mitglied der FDP-Fraktion im



Andreas Moser



Maurus Zeier

Kantonsrat, welche er von 2015 bis im Juni 2020 auch präsidierte. Davor sass er von 1999 bis 2006 im Grosse Stadtrat und leitete die FDP-Grossstadtratsfraktion von 2004 bis 2006.

Maurus Zeier, Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Stadt Luzern, sass bereits 2018 bis 2019 im Kantonsrat und erreichte bei den letzten Kantonsratswahlen den ersten Ersatzplatz. Der 30-jährige Betriebsökonom arbeitet bei einer Schweizer Versicherung und leitet dort eine Abteilung im Finanzbereich.

Herzliche Gratulation

an alle neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, Grossstadträtinnen und Grossstadträte, Stadträtinnen und Stadträte und Kommissionsmitglieder. Wir danken Euch für euer wichtiges Engagement und wünschen Euch alles Gute im Amt!

Geschäftsstelle

Neue Leiterin Geschäftsstelle



Serena Büchler, Leiterin Geschäftsstelle

Seit Juli 2020 wird die Geschäftsstelle der FDP.Die Liberalen Luzern von Serena Büchler geleitet. Die Geschäftsleitung hat Serena Büchler als Nachfolgerin von Tim Holleman gewählt. Büchler wird die Geschäftsstelle in einem Teilzeitpensum bis mindestens Ende Jahr leiten und kennt die Geschäftsstelle der FDP und die Abläufe in der Partei bestens. Sie war während rund 2 Jahren als politische Mitarbeiterin bei der FDP Luzern tätig. Serena Büchler studiert an der Universität Luzern Rechtswissenschaften im Master, ist 23-jährig und in der Stadt Luzern wohnhaft.

Das Luzerner Komitee sagt
NEIN zur radikalen
Kündigungsinitiative

Am 27. September die Bilateralen sichern



Kanton Luzern

Vincenz Blaser als Staatsschreiber gewählt

In der Juni-Session hat der Kantonsrat Vincenz Blaser als neuen Staatsschreiber des Kantons Luzern gewählt. Er wird ab dem 1. September die Nachfolge von Lukas Gresch-Brunner antreten. Die FDP Luzern gratuliert ihm herzlich zu seiner Wahl und wünscht ihm in seinem Amt viel Freude und Erfolg.

Vincenz Blaser war seit 2005 Departementssekretär im Luzerner Justiz- und Sicherheitsdepartement. Von 1999 bis 2005 hat er die Bereitschafts- und Verkehrspolizei der Luzerner Kantonspolizei geleitet, zuvor war er unter anderem als Gerichtsschreiber und Kanzleichef am Kriminalgericht Kanton Luzern sowie – als Inhaber des Luzerner Anwaltspatents – als Rechtsanwalt tätig. Das FDP-Mitglied ist 55 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Söhnen und wohnt seit über 20 Jahren mit seiner Familie in der Stadt Luzern.



Vincenz Blaser bei seiner Wahl in der Messe Luzern während der Juni-Session.

V O L V O

 VOLVO SWISS PREMIUM®
10 JAHRE/150 000 KM GRATIS-SERVICE
5 JAHRE/150 000 KM VOLL-GARANTIE


neutral
Volvo V60 Recharge
myclimate.org/01-20-370548

Office trifft Home.

Der Volvo V60 Recharge for Business.

Mit effizientem Plug-in Hybrid-Antrieb, hochwertiger Premium-Ausstattung und genug Platz für die ganze Familie. Ab sofort lieferbar – zum attraktiven Geschäftskundenpreis.

BUSINESS NETTO: CHF 49'990.–

Mehr Informationen unter
volvocars.ch/v60-recharge-for-business

*Der kalkulierte CO₂-Ausstoss aus Produktion und den ersten drei Nutzungsjahren wird von Volvo Car Switzerland kompensiert.

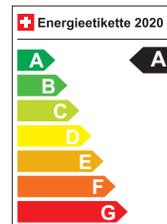
Volvo V60 Recharge Plug-in Hybrid T6 eAWD AT Inscription 253 + 87 PS/186 + 65 kW. Katalogpreis CHF 80'545.– abzüglich Recharge for Business Bonus CHF 26'706.– = CHF 53'839.– inkl. MwSt./49'990.– exkl. MwSt. Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 1,8 l + 15,6 kWh/100 km, CO₂-Emissionen: 41 g/km. Energieeffizienz-Kategorie: A. Volvo Swiss Premium® Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte). Nur für Geschäftskunden. Angebot limitiert auf 400 Einheiten und gültig bis auf Widerruf. Nur bei teilnehmenden Vertretern. Abgebildetes Modell enthält ggf. Optionen und Zubehör gegen Aufpreis.



6021 Emmenbrücke
Rüeggisingerstrasse 61
Tel. 041-288 88 88

6045 Meggen
Luzernerstrasse 44
Tel. 041-377 37 37

www.hammerautocenter.ch



Kantonale Abstimmung

Nein zur Formularinitiative

Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern entscheiden am 27. September 2020 über die Volksinitiative «Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete». Die Initiative verlangt die Einführung eines Formularzwangs. Mit einem neuen Formular müssten alle neuen Mieter von Wohnräumen über den bisherigen Mietzins informiert werden.

Die Initiative des Mieterverbandes ist wirkungslose Bürokratie. Das Mietrecht ist schon heute kompliziert und enthält zahlreiche Fallstricke. Mit der Formularpflicht wird die Problematik weiter verschärft. Einige wenige Kantone kennen die Formularpflicht bereits. In keinem dieser Kantone konnte eine dämpfende Wirkung auf die Mietpreise festgestellt werden. Der Markt spielt ohne dieses unnötige Formular bestens. Gemäss Immobilienreporting von Wüest und Partner sind die Luzerner Mieten seit 2015 sogar um durchschnittlich 5,8 Prozent zurückgegangen. Sollte im Kanton Luzern

tatsächlich eines Tages die Notwendigkeit für einen Formularzwang kommen, so hätte der Regierungsrat schon heute die rechtliche Kompetenz dafür.

Die Initiative stammt zudem aus einer Zeit mit tieferem Leerwohnungsbestand. Tempi passati! Aktuell liegt die Leerwohnungsziffer im Kanton Luzern gemäss Lustat bei 1,66 Prozent. So hoch wie seit 22 Jahren nicht mehr. Die Angebotsfülle drückt ganz automatisch auf den Preis. Der Aufwand der Vermieter ist heute viel grösser.

Eine Formularpflicht würde den ganzen Kanton Luzern betreffen. Zentralistische Lösungen sind immer schlecht, weil sie die regionalen Bedürfnisse nicht berücksichtigen. Das ist auch einer der Gründe, weshalb der Kantonsrat bereits 2012 eine gleichlautende Motion abgelehnt hat. Das gleiche, damals abgelehnte Begehren jetzt mit einer Initiative durchzuboxen, ist Zwängerei.

Rosy Schmid, FDP-Kantonsrätin (Hildisrieden) und Vorstandsmitglied HEV Luzern



Kommunalwahlen vom 27. September 2020

Wahlen in Hitzkirch und Willisau

Am 27. September 2020 finden die Gesamterneuerungswahlen der Gemeinden Hitzkirch und Willisau statt. Aufgrund der Fusion von Hitzkirch mit Altwis und der Fusion von Willisau mit Gettnau fanden die Wahlen nicht bereits im März 2020 statt.

Die Kandidierenden der FDP Hitzkirch zeichnen sich durch eine hohe fachliche Kompetenz und einen Leistungsausweis in ihren jeweiligen Berufen aus. Für den Gemeinderat wurden Hugo Beck (bisher, Sozialvorsteher) und Marcel Gavillet vorgeschlagen. Beide Kandidaten sind ausgewiesene Finanz- und Wirtschaftsspezialisten, die sich mit grossem Engagement in die Gemeindearbeit einbringen.

An der Nominationsversammlung war auch Parteipräsidentin und Nationalrätin Petra Gössi zu Gast. Sie zeigte auf, welche Themen für die FDP in den kommenden Jahren im Fokus stehen werden. Anhand der sogenannten «Enkelstrategie» erklärte sie, die FDP wolle sicherstellen, dass auch die nachkommenden Generationen sichere Arbeitsplätze sowie beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorfinden, auf stabile Sozial- und Vorsorgewerke bauen können und intakte Lebensgrund-



Stadträtin Sabine Büchli



Kantonsrat André Marti

lagen im Bereich Umwelt, Infrastruktur und Energieversorgung antreffen.

In Willisau hat die FDP einstimmig den Kantonsrat sowie Wirtschaftsingenieur und Architekt André Marti als neuen Stadtpräsidenten nominiert. André Marti ist in Willisau und im ganzen Kanton bestens vernetzt und engagiert sich als Mitinhaber der Stadtmühle Willisau, als Präsident von Willisau Tourismus und der Feldmusik Willisau sehr stark für Willisau. Gleichzeitig kandidiert in Willisau auch die bisherige Stadträtin Sabine Büchli für eine weitere Amtsperiode. Im Willisauer Stadtrat war sie unter anderem für die Einbürgerungskommission oder die Jugendkommission zuständig.



FDP-Kandidierende in Hitzkirch.



Parteipräsidentin Petra Gössi und Ständerat Damian Müller an der Nominationsversammlung in Hitzkirch.

FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Luzern

Zwei neue Vorstandsmitglieder

An der diesjährig schriftlich durchgeführten Generalversammlung Ende Juni 2020 wurden **Melanie Bühler** und **Karin Julia Stadlin** neu in den Vorstand gewählt. Neu als **Vizepräsidentin** gewählt wurde die seit 2019 im Vorstand tätige **Sandra Cellarius**.

Karin Julia Stadlin ist wohnhaft in Herlisberg und beruflich als Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe tätig. Sie ersetzt die zurückgetretene Fabienne Brauchli im Ressort Finanzen. Karin bringt einen grossen politischen Erfahrungsschatz mit in ihr neues Amt. Von 2004 bis 2010 war sie für die FDP Zug im Kantonsrat. Daneben war sie langjähriges Vorstandsmitglied bei den FDP.Die Libe-

ralen Frauen Zug und heute Kassier in der FDP-Ortspartei.

Die Pfaffnauerin Melanie Bühler bringt ebenfalls viel politische Erfahrung mit. 2007 bis 2009 amtierte sie als Gemeinderätin Ressort Soziales in Dagmersellen und seit 12 Jahren noch bis Ende Jahr als Sekretärin des Wahlkreises Willisau, einige Jahre auch in der Ortspartei Schötz. Im ersten Wahlkampf von Ständerat Damian Müller organisierte sie die «Unterwegs»-Tour. Seit 2019 engagiert sie sich im Urnenbüro sowie im Vorstand der Ortspartei Pfaffnau. Im Vorstand der FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Luzern ersetzt sie die zurückgetretene Karin Supersaxo im Ressort Mitgliederbetreuung/Anlässe. Beruflich ist Melanie seit vielen Jahren für die Schweizerische Post tätig.



Karin Julia Stadlin, Ressort Finanzen

Melanie Bühler, Ressort Mitgliederbetreuung/Anlässe

Sandra Cellarius, Vizepräsidentin

Damit stellt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Karin Ruckli, Präsidentin (bisher), Sandra Cellarius, Vizepräsidentin/Ressort Öffentlichkeitsarbeit (bisher), Hilde Meier, Ressort Politik (bisher), Karin Julia Stadlin, Ressort Finanzen (neu), Melanie Bühler, Ressort Mitgliederbetreuung/Anlässe (neu), Nadine Koller-Felder, Sekretariat (bisher).

Sandra Cellarius, Vizepräsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Luzern

Liberales Senioren/Seniorinnen Kriens

Liberales Senioren und Seniorinnen fristen kein Schattendasein

«Senioren fristen ein Schattendasein», so lautete ein Artikel in der LZ vom 11. Juli 2020. Die Zahl der über 65-Jährigen steige stark. Doch die Luzerner Parteien pflegen diese Wählergruppe kaum.

Dass es auch anders geht, beweisen die Liberalen Senioren und Seniorinnen in Kriens. Sie sind in einem Verein mit Statuten organisiert und mit einem Vorstandsmitglied in der Geschäftsleitung der FDP Kriens vertreten. Ihre Hauptaktivität ist das Organisieren von ca. 6 interessanten Anlässen pro Jahr. Sie sind politischer, gesellschaftlicher und kultureller Natur – alle öffentlich und überparteilich. In der Regel sind sie auf die Stadt Kriens bezogen oder maximal von regionalem Interesse. Wir



Veranstaltung der Liberalen Senioren im Pilatussaal.

unterstützten die Realisation der Zentrumsbauten. Deshalb unterstützen wir nun alle Bestrebungen, den neuen Pilatussaal auch zu nutzen. Erfolgreiche Beispiele sind die drei vergangenen Pilatus-Podien

im Stadthaus, wobei das letzte Podium zu den Stadtratswahlen ca. 350 Teilnehmende zählte.

Nebst diesen Aktivitäten wirken wir auch als umsichtigen und zuverlässigen Dienstleister für die FDP Kriens. So steht jederzeit, kurzfristig ein gut eingespieltes Team zur Organisation von Anlässen oder Meinungsäusserungen im Stadtinformationsmedium zur Verfügung. Und das alles nicht tierisch ernst, sondern mit der nötigen Portion Humor und Gelassenheit.

Ernst Siegenthaler, Präsident Liberales Senioren und Seniorinnen Kriens, als Repräsentant unserer aktiven Seniorinnen und Senioren im ganzen Kanton

Anzeigen



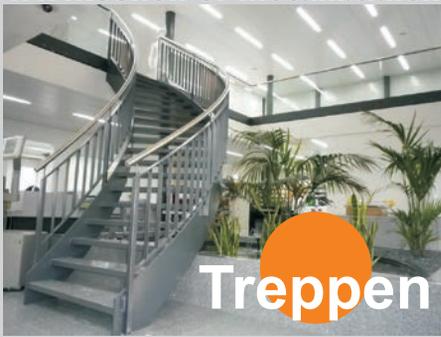

Metall-Geländer
AUSSTELLUNG
IN MENZNAU

Metallbau aus Menznau –
perfekt auf Sie zugeschnitten

Geländer, Vordächer, Treppen, Stahltüren, Sicht- und Windschutzverglasungen sowie Handläufe für Ihr Projekt.
6122 Menznau | 041 493 01 20 | haefliger-stoeckli.ch



www.scheiber-metallbau.ch



Treppen

scheiber^{GmbH}

METALL- UND STAHLBAU

TEL. * 041 980 16 65 6218 ETTISWIL

Jungfreisinnige Kanton Luzern

Rückblick auf dreieinhalb spannende Jahre als Präsident

Wenn etwas Freude macht, dann vergeht die Zeit wie im Fluge. Das traf für mein Amt als Präsident der Jungfreisinnigen in den letzten dreieinhalb Jahren sehr oft zu. Es war eine spannende, lehrreiche und intensive Zeit. Die neuen Erfahrungen kann ich in vielen Lebensbereichen anwenden. Ich habe die Arbeit als Präsident sehr gern gemacht, sie war fordernd, aber auch bereichernd und äusserst vielfältig. Ich durfte dabei auf viele junge liberale Parteikollegen zählen, die mich unterstützt haben. Dafür spreche ich meinen herzlichsten Dank aus. Nun ist es Zeit, dass jemand anderes diese Erfahrungen sammeln kann, darum gebe ich mein Amt an der GV am 28. August ab.

Die Highlights der vergangenen dreieinhalb Jahre waren für mich das Referendum zum Geldspielgesetz, der Abstimmungskampf der AV2020 und der Einsatz für die Renteninitiative. In allen drei Vorlagen konnten wir uns zusammen mit der FDP Luzern für eine liberalere Schweiz einsetzen. Für mich waren die Standaktionen der Kampagnen immer eine grosse Bereicherung. So erfährt man direkt, was die Bevölkerung beschäftigt. Ich empfehle jedem (Jung-)Freisinnigen, dies öfters zu machen.



Grillfest der Jungfreisinnigen mit Ramon Bisang (mitte, blaues T-Shirt).

Ich danke der Kantonalpartei für die gute Zusammenarbeit. Die Nachwuchsförderung wird aktiv wahrgenommen, doch für ein erfolgreiches Gelingen bleibt es essenziell, dass junge Kandidierende auch erfolgversprechende Chancen erhalten.

Ich wünsche meiner Nachfolgerin und ihrem neuen Team viel Erfolg und Freude beim Politisieren.

Ramon Bisang
Präsident Jungfreisinnige Luzern

Jungfreisinnige Kanton Luzern

Ein Mädchen bietet dem Hirntumor die Stirn

Ein Kribbeln im Körper, die Muskeln nicht mehr im Griff haben, nicht mehr sprechen können – ein «Kopfgewitter», das plötzlich und immer öfter aufzieht, an der Schule, auf dem Tennisplatz, zu Hause. Nein, es ist nicht die Pubertät, nicht der Eisenmangel, es ist ein Hirntumor, der epileptische Anfälle auslöst.

Die Jungfreisinnige Kim Rast hat im Mai dieses Jahres ihr eigenes Buch veröffentlicht, welches sie als Maturaarbeit schrieb. In diesem Buch erzählt sie, wie sie ihren Hirntumor erlebt hat und aus dem Alltag, dem aktiven Tennisspielen, dem Schulleben und aus dem Umfeld von Familie und Mitmenschen herausgerissen wurde. Sie beschreibt den Umgang mit einer solchen Diagnose und wie sie trotzdem ihre Ziele weiterverfolgte. Die Sichtweise eines 15-jährigen Mädchens, das bereits so jung vor einer solchen Diagnose steht, stellt sich gerne anders heraus, als man denkt. Mit ihren Worten möchte sie ihre Gedanken mit uns teilen.



Kim Rast, designierte Präsidentin Jungfreisinnige Luzern

Bei Interesse kann das Buch «Kopfgewitter» über die Geschäftsstelle der FDP Luzern (info@fdp-lu.ch) bezogen werden.

Kim Rast
designierte Präsidentin Jungfreisinnige Luzern

AGENDA

27. September

Wichtiger Abstimmungssonntag

8. Dezember

Parteitag in Sempach

In der aktuellen Situation ist die Durchführung von Veranstaltungen nach wie vor stark eingeschränkt. Auf unserer Website unter <https://www.fdp-lu.ch/aktuell/agenda> erfahren Sie dazu die aktuellsten Information. Vielen Dank für Ihr Verständnis.



Grosser Stadtrat

Neue Fraktion und altbekannte Themen

Am 3. September startete mit der Vereidigung die neue vierjährige Legislatur. Die FDP-Fraktion konnte als einzige bürgerliche Fraktion ihre neun Sitze verteidigen, wird ihre Arbeit jedoch in neuer personeller Zusammensetzung aufnehmen. Nach dem Rücktritt von Laura Grüter Bachmann und Reto Biesser sowie der knapp verfehlten Wiederwahl von Peter Krummenacher unterstützen Damian Hunkeler und Andreas Moser – beide gehörten bereits früher dem Stadtparlament an – sowie Mike Hauser ihre sechs verbleibenden Kolleginnen und Kollegen.

Inhaltlich rechnet Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann damit, dass die Finanzen ein Thema sein werden, mit dem sich der Grosse Stadtrat intensiv zu beschäftigen hat. Zum einen kommen mit der neuen Verteilung zwischen Kanton und Stadt zusätzliche Kosten auf die Stadt zu. Zudem wird Corona auch im städtischen Budget Spuren hinterlassen – sowohl auf der Einnahmenseite bei den Steuererträgen als auch auf der Ausgabenseite bei den Sozialkosten.

Ein weiteres wichtiges Thema wird die Vision Tourismus 2030 sein. In diesem Zusammenhang

dürfte auch ein alter Dauerbrenner wieder auf den Plan kommen: die Diskussion um den Car-tourismus.

Ebenfalls ein ständiger Begleiter der Parlamentarier ist der Verkehr. «Beginnen werden wir mit dem neuen Parkplatzreglement. Später kommen die Verkehrsführung beim Pilatusplatz und weitere Projekte dazu», so die Fraktionschefin. Näher rücken wird auch die Jahrhundertbaustelle für den Durchgangsbahnhof. Ebenfalls Diskussionsgegenstand der nächsten Legislatur werden die Klimaziele und deren Umsetzung werden.

«Vor lauter Corona etwas in den Hintergrund getreten ist die Frage nach einem Neubau für das Luzerner Theater. Diese Würfel müssten in den nächsten vier Jahren wohl auch fallen», hält Sonja Döbeli Stirnemann in ihrem Ausblick fest. «Generell muss die Finanzierung der Kultur, aber auch des Sports neu festgelegt werden.» Dabei stellt sich auch die Frage, ob die Billettsteuer bleibt oder fällt. Fällt sie, braucht es Lösungen für den Einbruch der Steuereinnahmen.

Im Laufe der bevorstehenden vier Jahre werden auch immer wieder Projekte der Stadtentwicklung

ins Parlament kommen: Wie entwickeln wir die Stadt weiter – z. B. auf dem Areal des alten Hallenbades oder im Littauerboden?

Der neu zusammengesetzten Fraktion wird also die Arbeit nicht ausgehen. Sie darf sich auf eine thematisch sehr abwechslungsreiche, interessante Legislatur 2020–2024 freuen.

FDP setzt sich für Jugendorganisationen ein

Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann reagierten mit einer dringlichen Motion auf eine neue Regelung beim Kartonsammeln. Kurz vor den Sommerferien hatte der Stadtrat den Jugendorganisationen mitgeteilt, dass er die Kartonsammlungen aus Sicherheitsgründen ab sofort durch das Strasseninspektorat vornehmen werde. Viele Jugendorganisationen würden dadurch um einen Grossteil ihrer Einnahmen gebracht. Über die Sicherstellung des finanziellen Zustupfs hinaus ging es den Motionären auch darum, den Jugendlichen Verantwortung zu übertragen, sie zu befähigen, sich selbstständig zu organisieren, und sie in die Lage zu versetzen, eigenes Geld zu verdienen, z. B. für die beliebten Lager, aber auch für viele Anlässe, Gruppenstunden usw. Rieska Dommann und Sandra Felder-Estermann bitten den Stadtrat mit ihrer Motion um einen Planungsbericht und eine allfällige Überbrückungsfinanzierung.

Abstimmung vom 27. September

Stimmhaltung zur Spange Nord

Die Geschäftsleitung hat aufgrund der aktuellen Corona-Situation beschlossen, die Parteiversammlung vom 1. September abzusagen und die Parolen auch diesmal digital zu beschliessen. Für die beiden städtischen Urnengänge vom 27. September hat die Geschäftsleitung bereits einen Vorentscheid getroffen und gibt folgende Empfehlung ab:

Initiative «Spange Nord stoppen – lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn»

Die Spange Nord war als Projekt zwischen Maihofschulhaus und Fluhmühle an der Reuss vorgesehen, was die Stadt anfänglich befürwortete. Um diesen Abschnitt zu verhindern, lancierte die SP 2019 eine Initiative. Im Kantonsrat stellten sich die bürgerlichen Vertreter gegen das ursprüngliche Projekt und verlangten eine fundierte Analyse mit Varianten. Die Fachbeurteilung erbrachte, dass auf das ursprüngliche Projekt einer Spange Nord verzichtet werden sollte, und schlug als mögliche Lösung lediglich eine Fluhmühlebrücke vor. Die SP zog ihre Initiative nicht zurück, obwohl sie auf nicht mehr existierenden Grundlagen beruht. Die Bevölkerung stimmt somit über eine Vorlage ab, die inzwischen wegen des veränderten Planungsstands gegen-

standslos geworden ist. Verkehrsexperte Herbert Widmer bezeichnet das Vorhaben als «politisch unkorrekten Weg des Stadtrates» – eine Symbolpolitik ohne Nutzen und politischen Mehrwert.

Das Parlament stimmte der Initiative im Juni dieses Jahres mit 30:0 Stimmen zu. 14 Grossstadträtinnen und Grossstadträte hatten sich enthalten, darunter die FDP-Fraktion.

Die Geschäftsleitung empfiehlt den Mitgliedern, sich der Stimme zu enthalten.

Schulanlage St. Karli

Sanierung und Erweiterungsbau. Ausführungskredit: Der Kredit ist völlig unbestritten.

Der Stadtrat beantragt für die Sanierung und den Erweiterungsbau bei der Schulanlage St. Karli einen Sonderkredit von 22,35 Mio. Franken. Das Geschäft war im Grossen Stadtrat unbestritten, da das Schulhaus einen grossen Sanierungsbedarf hat und das Wettbewerbsprojekt von Baufachmann und Architekt Rieska Dommann als gelungen beurteilt wurde. Die Zertifizierung nach Miner-gie-Standard ist seiner Intervention zu verdanken.

Die Geschäftsleitung schliesst sich der Fraktion an und empfiehlt ein Ja.

AGENDA

7. September, 17 Uhr

FDP-Stamm im Café Sowieso, Wesemlinrain 3a

14. September*, 15 Uhr

FDP-Senioren: Stadtrundfahrt mit City-Train; Besammlung 14.40 Uhr Schwanenplatz

5. Oktober, 17 Uhr

FDP-Stamm im Café Sowieso, Wesemlinrain 3a

22. Oktober*, 14 Uhr

FDP-Senioren: Ramseier Erlebniswelt Sursee

2. November, 17 Uhr

FDP-Stamm im Café Sowieso, Wesemlinrain 3a

2. November, 19.30 Uhr

Parteiversammlung

19. November*, 14.30 Uhr

Besichtigung Pistor AG Rothenburg; Treffpunkt 14.15 Uhr beim Haupteingang Pistor

* Anmeldung erforderlich.

Weitere Termine: www.fdp-stadtluzern.ch

Die FDP-Reise 2021 findet vom 30. Mai bis 3. Juni in der Schweiz statt. Details folgen.

Zukunft schaffen für unsere Enkelkinder

FDP führt wieder eine Mitgliederbefragung durch

Mit der Enkelstrategie ergreift die FDP Partei für die zukünftigen Generationen: Wir wollen liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für gesicherte Sozialwerke sowie für eine intakte Lebensgrundlage aufzeigen. Diese drei Themenbereiche sollen in der Parteibasis über eine Mitgliederbefragung breit diskutiert werden, um das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu tragen. Nehmen auch Sie daran teil!

Das Jahr 2020 haben wir uns alle anders vorgestellt. Noch immer hat die Covid-Krise die Schweiz und die Welt fest im Griff, noch immer sind die mittel- und langfristigen Folgen kaum absehbar: Wann wird wieder so etwas wie Normalität einkehren? Welche Folgen hat die Krise für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz? Was passiert in Krisenzeiten mit unserer individuellen Freiheit?

Bei all diesen Fragen, die uns im Moment beschäftigen, dürfen wir eines nicht vergessen: Hier geht es nicht nur um die Gegenwart, sondern vor allem auch um die Zukunft. Gerade die Linke,

allen voran die SP, wittert nun die Chance, ihre Umverteilungsträume, Verstaatlichungen und ihre Gratismoralität durchzusetzen. Wenn aber Schuldenberge aufgebaut, nötige Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Eigenverantwortung durch Bevormundung verdrängt wird, sind das schlechte Aussichten – insbesondere für unsere Kinder und Enkel.

FDP will die Weichen stellen

Die Weichen für eine liberale Zukunft müssen heute so gestellt werden, dass Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Streben nach Fortschritt sowie die Freiheit des Einzelnen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Dies ist die Basis für unsere Enkelstrategie: Mit diesem langfristig angelegten Projekt wollen wir aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen attraktiven **Wirtschaftsstandort**, der uns allen auch in Zukunft eine **Arbeitsstelle** garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke**, damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und **Gesundheitsleistungen** profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen**, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Umfrage startet in wenigen Tagen

Im Rahmen der Enkelstrategie führen wir erneut eine Mitgliederbefragung durch, nachdem wir damit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im letzten Jahr sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Gerade nachdem alle grösseren Parteianlässe abgesagt werden mussten und so der soziale und politische Austausch erschwert wurde, liegt es mir am Herzen, mittels dieser Mitgliederumfrage wieder mit Ihnen in Kontakt zu treten. Mit der Umfrage wollen wir ein breites Stimmungsbild innerhalb der FDP abholen – das ist gerade deshalb wichtig, weil wir über Fragen diskutieren, die mehrere Generationen betreffen. Nun sind die Zugangsdaten für die Umfrage auf dem Weg zu Ihnen – in wenigen Tagen erhalten Sie Post von uns, und Sie können loslegen!



«Politik ist kein Selbstzweck», steht im Hintergrund bei der Rede von Petra Gössi am Tag der FDP 2019. Mit der Enkelstrategie nimmt die FDP wichtige Fragen der Zukunft auf.

FDP als Wegbereiter der Zukunft

Dieses Projekt macht mich stolz, denn es signalisiert: Die FDP und unsere Mitglieder sind die zukunftsweisende Kraft. Gemeinsinn, Eigenverantwortung und viel harte Arbeit haben unser Land zum Erfolgsmodell gemacht. Nun ergreifen wir Partei für alle Kinder und Enkelkinder und wollen dafür sorgen, dass auch sie sich frei und mit besten Zukunftsperspektiven entfalten können. Daher würde es mich sehr freuen, wenn Sie, liebe FDP-Mitglieder, sich auch diesmal aktiv einbringen und zahlreich an der Befragung teilnehmen.

Petra Gössi, Nationalrätin SZ und Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Verantwortung übernehmen heisst auch, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen.

Wirtschaft und KMU

Die SP versucht, sich als wirtschaftsfreundlich darzustellen – tatsächlich sorgen ihre Rezepte für viele geschlossene Türen und verlorene Arbeitsplätze.



Kurz nach der Sommersession im Juni spielte sich die SP als Verteidigerin der KMU auf. Die SP – eine Wirtschaftspartei? Mitnichten! Ein Blick in ihr Corona-Positionspapier «Solidarisch gegen die Krise» lässt tief blicken.

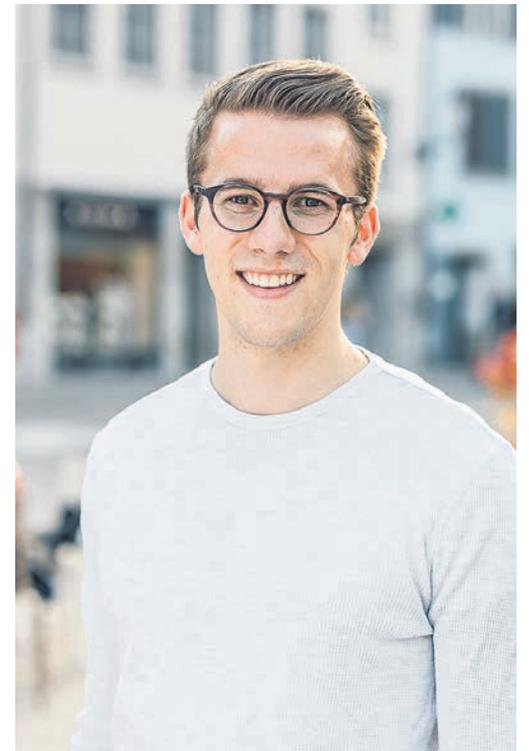
Grundsätzlich schwebt der SP vor, mit zusätzlichen Steuergeldern die Wirtschaft zu «fördern». Um die Finanzierung sicherzustellen, will die SP einen «Krisenfonds» einrichten. Dabei stellt sich die Frage, wie dieser finanziert werden soll. Diese Frage beantwortet die SP gleich selbst, zahlen sollen nämlich: «... die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren ...». Sprich, jedes KMU, welches entweder weniger stark von der Corona-Krise betroffen war oder welches trotz Krise enorme Leistungen erbracht hat, um nicht rote Zahlen schreiben zu müssen. Anstatt dass Unternehmen Reserven für Krisenzeiten bilden können und dies steuerlich belohnt wird, fordert die SP einen «ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5 Prozent auf die Unternehmenssteuer». Nicht nur verhindert die SP seit Jahren Steuersenkungen, sie fordert sogar noch pauschale Steuererhöhungen. Noch offensichtlicher kann man sich fast nicht gegen die Interessen der KMU stellen.

Verstaatlichen und enteignen

Ebenso will die SP, dass die Produktion von «unverzichtbaren Gütern» verstaatlicht werden soll, damit diese in Krisenzeiten eigenständig hergestellt werden können. Mit dieser Forderung greift die SP die Schweizer Wirtschaft frontal an. Die Schweiz ist äusserst stark im internationalen Handel verflochten und kann dadurch ihren Wohlstand stetig steigern. Mit einer Verstaatlichung würde die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen und die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort geschwächt. Weiter wirken sich protektionistische Massnahmen kontraproduktiv aus, da jeweils mit Gegenmassnahmen der Handelspartner zu rechnen ist. Abgesehen davon verfügt die Schweiz nur begrenzt über eigene Ressourcen, um Güter herzustellen. Sie bleibt selbst bei einer staatlichen Produktion auf die Importe der notwendigen Ressourcen angewiesen. Generell sind die KMU auf einen funktionierenden und weltweiten Handel angewiesen. Drei

Viertel der Exportunternehmen und fast 90 Prozent der Importunternehmen sind KMU. Eine Verstaatlichung käme einer Enteignung ebendieser Betriebe gleich.

Anstatt sich der Problematik des internationalen Handels für KMU anzunehmen, weist die SP darauf hin, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss. Sie ignoriert dadurch einerseits Probleme der KMU und andererseits, dass der internationale Handel zirka 40 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Dem Giesskannenprinzip verpflichtet, will die SP Helikoptergeld im Wert von 1,7 Mrd. Franken in Form von Gutscheinen der gesamten Schweizer Bevölkerung verteilen. Die Wirksamkeit solcher Massnahmen ist sehr umstritten und führt nicht selten zu mehr Inflation.



Andri Silberschmidt

Fazit

Abschliessend bleibt zu sagen, dass eine KMU-freundliche Politik anders aussieht. Neben den «neuen» Corona-Rezepten hält die SP natürlich an einer staatlich verordneten 35-Stunden-Woche bei 42 Stunden Lohn oder sechs Wochen bezahlten Ferien für alle fest, wie in ihrem Wirtschaftspapier «Unsere Wirtschaft – Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029» dargelegt wird. Die Corona-Krise hat die Wirtschaftspolitik der SP nicht verändert. Im Gegenteil, sie setzt sich weiterhin für mehr Bürokratie, Steuern und restriktive Vorschriften für KMU ein.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen.



KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Wie Sie auf der vorherigen Seite lasen, versucht die Linke, die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren. Nichts ist weiter weg von der Realität. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) hat einige Beispiele herausgegriffen.

Die FDP steht seit jeher für KMU und Selbstständige ein. Insbesondere kämpfen wir für den Abbau bürokratischer Hindernisse, für die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen und für einen funktionierenden Wettbewerb im Inland – mit dem Ziel, Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Das ist klassisch liberale Politik. Genau diese Art von Politik hat unser Land erfolgreich gemacht und überhaupt erst die umfangreichen Kredite und die Rettung unzähliger Arbeitsplätze in der Corona-Krise ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die umsichtige Haushaltspolitik: Denken wir etwa an die Schuldenbremse. Sie ist einer der Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, um die uns das Ausland beneidet.

Sie geriet in den letzten Jahren oft von links und zunehmend auch aus der Mitte unter Attacke. Dank unserem Widerstand wurde zum Glück nicht daran gerüttelt.

Vorwärtsstrategie wichtiger denn je

Es braucht weiterhin eine starke und liberale Politik. Wir haben im August 2019 eine «Vorwärtsstrategie» für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort präsentiert, lange vor Corona. Diese Strategie enthält unsere wichtigsten Forderungen in verschiedenen Bereichen wie Liberalisierung im Inland, Fachkräftemangel, internationale Vernetzung oder Innovation am Arbeitsplatz. Wegen Corona ist die Notwendigkeit dieser Strategie grösser denn je.

Für rasche Corona-Lockerungen ...

Wie hat sich die FDP seit Ausbruch der Corona-Krise ganz konkret engagiert? Schon am 18. März haben wir einen runden Tisch mit zahlreichen Unternehmern und Branchenvertretern durchgeführt. Daraus resultierte ein offener Brief an Bundesrat Guy Parmelin mit der Forderung nach rascher Hilfe für Unternehmer, Angestellte und Selbstständige.

In unserer Corona-Ausstiegstrategie von Mitte April haben wir Druck gemacht, dass alle Unternehmen ihre Tätigkeit rasch wieder fortsetzen dürfen, sofern sie ihre Mitarbeitenden und ihre Kundenschaft schützen können.



Daniela Schneeberger

... gegen Industriezölle

In der Sommersession haben wir uns unter anderem für die Abschaffung der Industriezölle stark gemacht. Das wäre ein einfacher, unbürokratischer Weg, um Konsumenten und Unternehmen um mehrere hundert Millionen jährlich zu entlasten. Doch leider hat die Linke die Abschaffung im Nationalrat verhindert. Sie ruft lieber lauthals nach Konjunkturprogrammen, statt einfachen Sofortmassnahmen zuzustimmen.

Weiter haben wir kurz nach der Sommersession die Verlängerung der Corona-Unterstützungsmassnahmen für KMU und Selbstständige durch den Bundesrat ausdrücklich unterstützt.

Dies sind nur einige Beispiele unserer täglichen Arbeit für Arbeitsplätze und KMU. Mehr finden Sie auf unserer Webseite www.fdp.ch. Auch die Vorwärtsstrategie finden Sie online.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Neue Mitglieder im Parteivorstand

Klare Wiederwahl von Petra Gössi

Die Delegierten haben Petra Gössi mit 267 von 283 abgegebenen Stimmen sehr deutlich wiedergewählt. Auch die anderen Kandidierenden wurden klar gewählt. Die FDP gratuliert ihnen herzlich zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit. Der Vorstand ist nun folgendermassen zusammengesetzt:



Petra Gössi, Nationalrätin (SZ) und Präsidentin FDP.Die Liberalen (bisher)

«Wir haben viel Arbeit vor uns. Die nächsten Jahre werden anspruchsvoll. Wir müssen an unseren Inhalten und unseren Strukturen arbeiten. Wir müssen kämpferischer werden. Ich weiss: Das liegt uns nicht per se im Blut als diejenige Partei, die die Schweiz und ihre Institutionen geschaffen hat. Aber ich bin bereit dazu.»



Andrea Caroni, Ständerat (AR) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Liberalismus ist langfristig ein Erfolgsrezept, kurzfristig aber anstrengend. Ich bin äusserst motiviert, diesen Einsatz zu leisten und weiterhin täglich für unsere liberale Ordnung zu kämpfen. Dies mit dem tollen Team, das wir in der FDP von der Basis bis zur Parteileitung bilden.»



Philippe Nantermod, Nationalrat (VS) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung auf eine politische Partei setzt, die sich für Eigenverantwortung und Freiheit einsetzt. Durch meine tägliche Arbeit und in Zusammenarbeit mit allen freisinnigen Akteuren im Land möchte ich an unserem zukünftigen Erfolg teilhaben.»



Philippe Bauer, Ständerat (NE) und Beisitzer (neu)

«Ich bin (neben meiner Frau) in mein Land, seine Institutionen, das Genie seiner Unternehmer verliebt und davon überzeugt, dass nur in einer liberalen Welt jeder und jede wirklich aufblühen und unterstützt werden kann, wenn er oder sie es braucht.»

An der digitalen Versammlung vom 27. Juni 2020 haben die Delegierten den Vorstand neu bestellt. Nicht mehr angetreten waren Christian Lüscher (NR GE), Christian Vitta (RR TI) und Christian Wasserfallen (NR BE), Frédéric Borloz (NR VD), Thierry Burkart (SR AG), Marcel Dobler (NR SG), Christian Scheuermeyer, Daniela Schneeberger (NR BL) und Ruedi Waser. Die Delegierten würdigten ihr grosses Engagement über die letzten Jahre.



Alex Farinelli, Nationalrat (TI) und Beisitzer (neu)

«Ich glaube, es ist wichtig, die Sensibilität der italienischsprachigen Schweiz in die nationale Realität einzubringen. Im Bewusstsein, dass es nicht nur darum geht, Haltungen durchzusetzen, sondern vielmehr darum, in einem föderalistischen Geist, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Regionen anerkannt werden, eine zukunftsorientierte Schweiz zu schaffen.»



Andri Silberschmidt, Nationalrat (ZH) und Beisitzer (neu)

«Wir dürfen Leistungsfähige und Leistungswillige nicht unnötig behindern, aber wir müssen – und hier ist der Staat gleichermassen gefragt wie Private – die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» stützen und unterstützen. Im Vorstand werde ich insbesondere mithelfen, die Partei für die junge und urbane Gesellschaft noch attraktiver zu positionieren.»

«Ich freue mich sehr über meine klare Wiederwahl. Sie bestätigt mich auf meinem Weg und gibt mir Kraft und Mut für die Zukunft.»

Petra Gössi nach ihrer Wiederwahl

Weitere Mitglieder komplettieren das Gremium

Neben diesen Persönlichkeiten besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern von Amtes wegen: NR Beat Walti (Präsident der FDP-Liberale Fraktion), NR Olivier Feller (Vizepräsident der Fraktion), SR Thomas Hefti (Vizepräsident der Fraktion), Daniel Seiler (Präsident FDP Service Public), NR Susanne Vincenz-Stauffacher (Präsidentin FDP Frauen) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige).

Und schliesslich entsendet die Parteipräsidentenkonferenz neu zwei Personen in den Vorstand. Es sind dies Saskia Schenker (Präsidentin FDP BL) und Bertrand Reich (Präsident FDP GE).

Andrea Roth, CEO Geobru gg Group, setzt auf den Produktionsstandort Schweiz.



In der Schweiz produziert, weltweit im Einsatz

Warum KMU «Nein» zur Kündigungsinitiative sagen

Die Geobru gg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile, -netze, -geflechte aus hochfestem Stahldraht – als Lawinenprävention, Böschungssicherungen, Steinschlagbarrieren, Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt. In Romanshorn TG produziert, finden die massgeschneiderten Lösungen weltweit Anwendung.

In Vietnam vertrauen Fahrgäste, die in der längsten Drei-Seil-Umlaufbahn (3S) der Welt in schwindelerregender Höhe den atemberaubenden Ausblick geniessen, auf Tragseile aus dem Schweizer Produktionsunternehmen «Fatzer AG». Auf Formel-1-Rennstrecken in Mexiko City, Sotschi oder Hanoi werden Zuschauende und Fahrende mit mobilen oder stationären Barrieren von Geobru gg geschützt. Die stärkste Steinschlagschutzbarriere der Welt kann 25 Tonnen schwere Brocken mit über 100 km/h stoppen. Die vor 180 Jahren gegründete Fatzer AG und die Geobru gg AG sind Pioniere und behaupten ihre Führungsrollen. «Wir sorgen mit unseren Systemen und Lösungen für den Schutz von Mensch und Infrastruktur», bringt es Andrea Roth, CEO der Geobru gg Group, auf den Punkt. In

den neuen grossen Produktionsräumen im Romanshorn Industriequartier beschäftigen die beiden Schwesterfirmen heute 265 Mitarbeitende.

Globales Netzwerk

Die patentierten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz. Doch produziert wird traditionsgemäss im Hochpreisland Schweiz. Tochtergesellschaften und qualifizierte Partner in über 50 Ländern sorgen für Kundennähe. «Unterschiedliche Kulturen erfordern eine gute lokale Verankerung. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen ist dies von grösster Bedeutung», ist Andrea Roth überzeugt. Zu den Erfolgsrezepten des stark exportorientierten Unternehmens zählen nicht nur das globale Netzwerk, höchste Qualität, patentierte



Aus Schweizer Produktion: Schutzzäune für die Formel 1.

Verlässlichkeit, stete Weiterentwicklung, Planung, Beratung und Service vor Ort, sondern auch eine enge Zusammenarbeit mit international anerkannten Forschungsinstituten. Anforderungen an das Schutzsystem werden simuliert, mit digitalen Dimensionierungstools verlässlich berechnet und mit Härte tests auf eigenen Testanlagen in Eins-zu-eins-Grossfeldversuchen umfassend dokumentiert. Andrea Roth, dessen Karriere bei Geobru gg vor fast 20 Jahren als Projektleiter für eine wegweisende Tunnelsicherung in Australien begann, ist anspruchsvolle Aufgabenstellungen gewohnt. Speziell in Erinnerung bleibt ihm das Schutznetz einer Ölplattform im Persischen Golf als echte Herausforderung. «Nicht nur, weil wir im salzigen Meer die Korrosion mit eigenen Sensoren überwachen, sondern vor allem, weil unser Drahtgeflecht den vielen PS-starken Gegnern – angreifenden Motorbooten – standhalten muss.»

Marie-Theres Brühwiler

Man darf Schweizer Unternehmern vertrauen

«Wir stellen, wenn immer möglich, Fachleute aus der Umgebung ein und nehmen unsere Verantwortung auch für ältere Arbeitnehmende ernst. Der Mangel an Fachkräften ist gerade in ländlichen Gebieten und Randregionen gross, weshalb wir in unseren beiden Produktionsbetrieben in der Ostschweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind», sagt Andrea Roth, seit kurzem auch Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Romanshorn. «Mit der Annahme der Kündigungsinitiative wären viele sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet. Ich hoffe, dass Schweizerinnen und Schweizer bei der Abstimmung vom 27. September 2020 einmal mehr Weitblick beweisen», so das engagierte FDP-Mitglied.



Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

Themenpapiere: Mit Kraft aus der Corona-Krise

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz sowohl auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene noch resilienter werden. Nur so können wir uns gegen zukünftige Krisen wappnen. Dazu gilt es, die Eigenverantwortung umfassend zu fördern und die Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren.

Voraussetzung für eine krisenresistente Schweiz ist eine umfassende Reflexion der Corona-Krise, um daraus die Lehren zu ziehen. Dies hat die FDP gemacht und sich intensiv mit den Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Politik, Aussenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft, Gesundheit und dem Epidemien-gesetz auseinandergesetzt. Dadurch entstanden acht Themenpapiere, die alle gleich aufgebaut sind. Sie umfassen ein Überblick der Herausforderungen, die bisherigen parlamentarischen Interventionen der FDP und unsere mittel- bis langfristigen Forderungen in den jeweiligen Bereichen.

Vielfältige Herausforderungen

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt:** Die Corona-Krise verdeutlicht die wirtschaftspolitischen Schwächen und damit zusammenhängende Herausforderungen der Schweiz. Durch Kurzarbeit konnten Massenentlassungen zwar zu einem grossen Teil verhindert werden. Doch die Arbeitslosigkeit ist trotzdem gestiegen. Zudem hat sich bei vielen Unternehmen gezeigt, dass die Liquidität für solche Krisen nicht genügend vorhanden ist, was wiederum negative Konsequenzen für Investitionen in Forschung und Entwicklung hat.

- **Gesellschaft:** Die Corona-Krise hat in der

Schweizer Gesellschaft einerseits das grosse Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, andererseits deutliche Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden.

- **Politisches System:** Der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz braucht mehr Zeit als in anderen Staaten. Zeit ist aber in einer Notlage ein rares Gut, weshalb der Bundesrat Notverordnungen erlassen kann. Das Parlament verfügt über die gleiche Kompetenz, kann diese aber nur anwenden, wenn es physisch tagt. Dies war und ist während Corona eine besondere Schwierigkeit.

- **Gesundheitssystem:** Im internationalen Vergleich hat das Schweizer Gesundheitssystem die Krise gut überstanden. Änderungen sind dennoch notwendig. Denn es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Versorgungssicherheit bei medizinischem Material nicht vollumfänglich gewährleistet war. Vor allem muss das Krisenmanagement kritisch analysiert werden.

- **Sicherheit:** In langandauernden Krisen sind die zivilen Behörden auf subsidiäre Unterstützung angewiesen. Armee und Zivilschutz bewiesen in der Corona-Krise, dass sie sich schnell und unbürokratisch mobilisieren und einsetzen lassen. Auch wenn es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung kam, muss der Mangel an Schutzmaterial kritisch analysiert und korrigiert werden.

- **Aussenpolitik:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten mehrheitlich gut funktionieren. Die Schweiz als eines der stärksten globalisierten Länder ist auch zukünftig auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen.

Zahlreiche Herausforderungen

Weil die Herausforderungen zahlreich sind, fordert die FDP verschiedene mittel- und langfristige Massnahmen, damit zukünftige Krisen besser bewältigt werden können:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Die Schaffung von **liquiden Reserven** für Krisenzeiten soll **steuerlich begünstigt** werden.
- **Tiefe Lohnnebenkosten**, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.
- **Unternehmer** müssen sozial besser **abgesichert** werden, indem freiwillige Versicherungsmodelle und die Erweiterung des Obligatoriums (BVG, UVG) geprüft werden.
- Das **Arbeitsgesetz** muss **flexibilisiert** werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet wird.

Gesellschaft

- Das Bildungssystem muss die nötige **digitale Infrastruktur** inkl. digital-pädagogisch geschultes Lehrpersonal und angepasstes Lehrmaterial aufweisen.
- Die **Chancengleichheit** muss gewahrt bleiben. Dies bedingt, dass alle Lernenden über den Zugang zu einem digitalen Endgerät verfügen.
- Die **E-ID** gilt es **rasch einzuführen**, damit die Behördengänge vermehrt im digitalen Raum abgewickelt werden können. Denn dank der **Digitalisierung** können **Verwaltungsprozesse optimiert** und **Bürokratie** für Bevölkerung und Wirtschaft **abgebaut** werden.

Politisches System

- Die **Funktionsfähigkeit** des **Parlaments** muss in

jeder Situation **gewährleistet** sein, notfalls müssen **Sitzungen** auch **digital** abgehalten werden können.

- **Politische Rechte** sollen jederzeit wahrgenommen werden können, deswegen muss die **digitale politische Partizipation gefördert** werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines sicheren E-Voting- und E-Collecting-Systems.

Gesundheitssystem

- Die Beschaffung von **medizinischen Gütern** muss so organisiert werden, dass die Schweiz eine sechsmontatige **Isolationsphase überstehen** kann.
- Bei erhöhtem Bedarf an **Intensivbetten** muss die **Kapazität** rasch **erhöht** werden können. Dies soll durch eine intensive Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Institutionen erreicht werden.

Sicherheit

- Die Schweiz muss sich für **alle** wahrscheinlichen **Krisenszenarien wappnen**. Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden.

Dafür gilt es die **Alimentierung** der **Armee sicherzustellen**.

- Bei zivilen Gesundheitskrisen gilt es den **Zivildienst** stärker in die Pflicht zu nehmen, weil viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen.
- Ebenso muss der **Zivilschutz** über genügend Personal verfügen.

Aussenpolitik

- **Renationalisierungstendenzen** sind **abzulehnen**. Die Schweiz muss sich für **krisenresistente** Rahmenbedingungen im **Aussenhandel** einsetzen.
- Die ressourcenarme Schweiz wird immer auf Importe angewiesen sein. Eine erhöhte Selbstversorgung ist daher abzulehnen. Hingegen müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, um die **Versorgungssicherheit** zu **erhöhen**.
- Internationale Krisen können nur im internationalen Kontext bewältigt werden. Die FDP unterstützt daher die **Stärkung** der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit**.



Andrea Caroni: «Nur, wenn wir aus Corona unsere Lehren ziehen, werden wir für die Zukunft krisenresistenter.»



Sicherheit ist ein Gesamtsystem

Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 nach über 30 bzw. nach über 50 Jahren Einsatz an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Die neuen 30 bis 40 Flugzeuge werden rund 30 bis 40 Jahre, also bis etwa 2070, im Einsatz stehen. Für die Ersatzbeschaffung haben Bundesrat und Parlament einen Kreditrahmen von 6 Mrd. Franken gesprochen. Die Anschaffungskosten und die späteren Unterhalts- und Betriebskosten werden aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt. Kein anderer staatlicher Bereich, weder Bildung noch Gesundheit, muss Finanzkürzungen in Kauf nehmen. Die Zahlentrickserei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ist unredlich und unserer direkten Demokratie unwürdig. Den Gegnern geht es, wie der Name der Referendumsführer bereits besagt, ohnehin nur um die Abschaffung der Armee. Denn die Bodentruppen einer Armee sind ohne Luftwaffe ungeschützt und damit wirkungslos.

Kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Fakt ist, dass die Alternative zur Erneuerung der Luftwaffe wäre, dass unser Luftraum nicht mehr geschützt ist. Da unsere Bevölkerung aus der Luft

mit Flugzeugen von 1978 und 1996 geschützt wird und beide Typen bald das Ende ihrer vertretbaren Einsatzzeit erreichen, zeichnet sich im Luftraum eine Sicherheitslücke ab dem Jahr 2030 ab. Es wäre nicht zu verantworten, wenn unser Land unsere Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht mehr schützen könnte. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr und Pandemie-Bekämpfung. Genauso, wie der Schutz unseres Landes am Boden durch Polizei, Grenzwachtkorps, Zivilschutz, Armee usw. gewährleistet wird, muss unser Luftraum durch die Luftwaffe überwacht, kontrolliert und geschützt werden – und zwar in 300 bis 350 Einsätzen pro Jahr. Der Luftraum über unserem Land ist einer der meistbeflogendsten der Welt. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Auf-

gabe meistern zu können. Die Luftwaffe braucht es in normalen Lagen, aber besonders auch in Krisen. Wenn die Schweiz aber erst in einer Krise an deren Bekämpfung denkt, sind wir zu spät. Ein ordentlicher Beschaffungsprozess der Flugzeuge dauert rund zehn Jahre an. Die Feuerwehr denkt auch nicht erst an den Kauf eines Tanklöschfahrzeugs, wenn das Haus brennt.

Bewaffnete Neutralität ist Verfassungsrecht und völkerrechtliche Verpflichtung

Zudem werden wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft geschützt. Hinzu kommt, dass unsere Luftwaffe Überflüge von Flugzeugen aus Staaten unterbindet, welche in kriegerische Konflikte involviert sind. Damit schützen und verteidigen wir unsere Neutralität und können unsere aussen- und friedenspolitische Rolle auch bezüglich Friedensverhandlungen glaubwürdig wahrnehmen, ohne dem Vorwurf zu begegnen, eine Seite mehr zu gewichten. Der Schutz in der Luft ist da-



Thierry Burkart

mit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit und unserer Neutralität. Der ordentliche Evaluations- und Beschaffungsprozess für neue Flugzeuge beansprucht rund 10 Jahre. Der Schutz des Luftraums über Europa wird bereits jetzt in Kooperation wahrgenommen. Kooperation bedingt aber, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen. Das ist ein Verfassungsauftrag und eine völkerrechtliche Verpflichtung. Helikopter, Trainingsflugzeuge oder Drohnen erfüllen die technischen Anforderungen dazu nicht. Das bestätigen alle Experten. Wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten, dann sollten wir an der Volksabstimmung vom 27. September unbedingt Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sagen.

**Thierry Burkart, Ständerat AG,
Präsident der Kampagne Air2030**



«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel»

Karin Keller-Sutter im Interview

Am 27. September stimmen wir über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Initiative führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Abschottung der Schweiz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Kündigungsinitiative.

Frau Keller-Sutter, was für Folgen hätte eine Annahme der Kündigungsinitiative? Die Begrenzungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel. Sie verlangt, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen innerhalb eines Jahres ausser Kraft setzt. Gelingt das nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch dahin. Damit hätten wir einen vertragslosen Zustand mit unserem wichtigsten Handelspartner. Die Folgen wären weniger Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen. Wir Freisinnigen haben den bilateralen Weg stets befürwortet. Sorgen wir am 27. September dafür, dass dieser weitergeführt werden kann.

Reicht ein einfaches Handelsabkommen mit der EU für den Handel nicht aus? Das Freihandelsabkommen von 1972 ist zwar wertvoll, es sieht aber im Unterschied zu den bilateralen Verträgen keinen Marktzugang vor. Geregelt werden darin vor allem Zollfragen. Für uns als kleines, aber exportstarkes Land bleibt der möglichst hindernisfreie Handel mit der EU zentral. So fallen beispielsweise zwei Drittel der exportierten Industriegüter unter das Abkommen über technische Handelshemmnisse.

«Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.»

Ein Wegfall dieses Abkommens würde nicht nur den Marktzugang behindern, sondern auch zu mehr Kosten und Bürokratie führen.

Weshalb brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn die Arbeitslosigkeit ohnehin steigt? Der Bundesrat möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Deshalb hat er gemeinsam mit den Sozialpartnern Massnahmen zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ergriffen. Es trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Corona-Krise angestiegen ist. Wir alle arbeiten daran, dass es sich hierbei um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Schock handelt. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen I aufs Spiel setzen, verlängern wir die Krise und schaffen mehr Arbeitslosigkeit. Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.

Sie absolvierten während Ihrer Ausbildung einen Studienaufenthalt in London und studierten in einem Austauschsemester an der Universität in Montreal. Welche Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative auf unseren Forschungs- und Bildungsstandort? Die Studienaufenthalte in Grossbritannien und Kanada waren für mich sehr wertvoll und haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass mir meine Eltern dies ermöglicht haben. Eine Annahme der Initiative würde die Mobilität der Studierenden und der Forschenden einschränken. Für viele Talente aus dem Ausland wäre der Zugang zu einer Schweizer Hochschule versperrt. Umgekehrt hätten Schweizer Forschende und Studierende Probleme, sich im europäischen Ausland weiter zu entwickeln, wodurch ihre Karriere behindert werden könnte. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen Swissuniversities spricht sich deshalb gegen die Kündigungsinitiative aus.

Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen könnten: Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa in fünf Jahren? Ich bleibe lieber in der Realität. Am 27. September geht es faktisch darum, ob die Schweiz den bilateralen Weg weiterführen will oder nicht. Der Bundesrat hat in den letzten Monaten alles daran gesetzt, die Schweiz durch die Krise und aus der Krise zu führen. Dazu gehört auch ein Nein zur Begrenzungsinitiative und ein Ja zur Fortführung des bilateralen Wegs.

Interview: Sven Marti

Unterschreiben Sie jetzt die Renteninitiative!

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge

Die AHV ist in 15 Jahren bankrott, und in der 2. Säule werden jährlich 7 Mrd. Franken umverteilt. Mit solch düsteren Prognosen erodiert auch das Vertrauen in unser System: Im Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge ganz zuoberst. Nun muss die Politik Lösungen aufzeigen. In einer Metastudie untersuchten Wissenschaftler der Uni Luzern die häufigsten Argumente gegen ein höheres Rentenalter. Und sie stellen fest: Die Schweiz ist bereit für ein höheres Rentenalter.

Der Reformstau in der Altersvorsorge ist riesig. Für die nächste AHV-Reform (AHV 21) stehen jedoch einmal mehr nur kurzfristige finanzielle Massnahmen im Vordergrund. Dabei sind die Vorbehalte gegen ein höheres Rentenalter in der Schweiz unbegründet. Denn die in einem neuen Gutachten diskutierten Zahlen und wissenschaftlichen Studien legen nahe, dass sowohl die Gesundheit der Menschen wie auch der Arbeitsmarkt auf eine Erhöhung des Rentenalters bestens vorbereitet wären.

Ü50 gut im Arbeitsmarkt integriert

Insbesondere das Argument, dass Ü50 keine Jobs finden, kann nicht gezählt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind äusserst gut in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Bevölkerung steigt seit Jahren an

und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein generelles Arbeitslosigkeitsproblem für ältere Arbeitnehmer besteht nicht – im Vergleich zu anderen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor unterdurchschnittlich. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung zu einer spürbaren Verknappung des Arbeitsangebotes führen, was der Nachfrage nach älteren Arbeitskräften zusätzlichen Schub verleihen dürfte.

«70 ist das neue 60»

Dank steigendem Wohlstand und medizinischem Fortschritt ist die Lebenserwartung in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Die Menschen werden aber erfreulicherweise nicht nur immer älter, sondern bleiben auch länger gesund. Wie die Forschung zeigt, hat sich der Alte-

rungsprozess um ein Jahrzehnt nach hinten verschoben («70 ist das neue 60»).

Gesundheit im Alter wird besser

Hatten 65-Jährige im Jahr 1992 durchschnittlich noch 11 bis 12 Jahre in guter Gesundheit vor sich, sind in der Zwischenzeit weitere 3 Jahre dazugekommen. Sowohl in der Altersklasse 55 bis 64 wie auch in der Altersklasse 65 bis 74 beschreiben gut drei Viertel der Personen beider Geschlechter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Das Alter 65 stellt keine Schwelle dar, an der gesundheitliche Probleme bemerkbar zunehmen würden. Gesundheit ist entsprechend nicht die Hauptursache für den Zeitpunkt der Pensionierung.



Patrick Eugster

Ältere Arbeitnehmer bleiben produktiv

Während die physische und kognitive Leistungsfähigkeit ihren Höhepunkt schon in relativ jungen Jahren erreicht, steigen Faktoren wie Erfahrungswissen, Führungskompetenz und Beurteilungsvermögen über die Lebenszeit an. Erkenntnisse der neueren Literatur deuten darauf hin, dass die Arbeitsproduktivität im Alter (d.h. in den Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter) konstant bleibt. Das Vorurteil, ältere Erwerbstätige seien im Vergleich zu jüngeren Arbeitskollegen weniger produktiv, kann somit nicht bestätigt werden.

Fazit

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir erhöhen die Mehrwertsteuern um rund 50 Prozent – ein Durchschnittshaushalt zahlt so jährlich fast 3000 Franken mehr! Oder aber wir arbeiten etwas länger. Länger arbeiten ist möglich – dies zeigt das Gutachten eindeutig auf. Der Weg ist also frei für nachhaltige AHV-Finzen. Jetzt müssen wir ihn nur noch zusammen beschreiten.

Patrick Eugster

Präsident des Komitees Renteninitiative

Wir brauchen Sozialwerke, die gesichert sind, so dass auch unsere Enkelkinder den gleichen sozialen Schutzschild haben wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Schritt in diese Richtung. Unterschreiben auch Sie den beigelegten Unterschriften-Bogen!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen



Herzlich willkommen!

Aus dem Generalsekretariat

Fanny Noghero ist neue Generalsekretärin

Am 14. Juli hat die Parteipräsidentenkonferenz Fanny Noghero einstimmig zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie ist eine ehemalige Journalistin und kennt als ehemalige Geschäftsführerin der FDP Neuenburg die Partei und ihre Basis hervorragend. Als erste Vertreterin der Romandie in dieser Position verbindet die Neuenburgerin, die auch fließend Italienisch spricht, die Sprachregionen optimal. Zurzeit leitet sie die Gesamtkommunikation der FDP Schweiz. Wir gratulieren Fanny Noghero sehr herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Sie übernimmt die Position von Samuel Lanz per 1. Oktober 2020.



Fanny Noghero



Samuel Lanz

Samuel Lanz verlässt das Generalsekretariat der FDP

Mit grossem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Samuel Lanz sich entschieden hat, das Generalsekretariat per Ende September zu verlassen und sich einer neuen Herausforderung anzunehmen. Er wird neu Leiter der Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interpharma, dem Verband der forschenden Pharmaunternehmen der Schweiz. «Sämi» führte seit 2014 das Generalsekretariat und reorganisierte es in eine schlagfertige, professionelle Kampagnenorganisation. Weiter trug er wesentlich zum erfolgreichen Abschneiden der FDP bei mehreren Bundesratswahlen und zahlreichen Volksabstimmungen bei. Die FDP dankt «Sämi» für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)



NEIN

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)



JA

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge



JA

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Kinderabzüge)



JA

Änderung des Jagdgesetzes

Öffentliches Fachreferat

Einladung

Peter Regli
Divisionär a.D., Dipl. Masch.-Ing. ETH,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz,
spricht zum Thema:



Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie

Donnerstag 8. Oktober 2020 in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27 oder:
per Öv mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.)

Donnerstag 22. Oktober 2020 in Zürich
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

FDP

Die Liberalen



**Nein zur
Kündigungsinitiative**

www.fdp.ch